

Aktion Wasserzähler

Vorsichtig macht sich die EU-Kommission daran, die Nutzung von Wasser mit einer Umweltsteuer zu belegen. Österreichs Kraftwerksbetreiber, Landwirte und Schneekanonenbetreiber zittern schon.

Es ist eine der sensibelsten Materien, die derzeit in der EU-Kommission bearbeitet werden: die Umsetzung der Wasserrahmen-Richtlinie (WRRL). Was sperrig klingt, könnte bald umfangreiche Auswirkungen auch in Österreich haben. Denn dann müssten etwa Wasserkraftwerksbetreiber für die Nutzung von Wasser ebenso bezahlen wie die Landwirte, die bisher ihre Felder zum Nulltarif bewässern. Und auch die Skipistenbetreiber, die dem Klimawandel mit mächtigen Schneekanonen zu Leibe rücken, müssten sich auf geschmalzene Zusatzrechnungen einstellen. Die Einnahmen sollen in den Mitgliedsstaaten dem Gewässer- und Umweltschutz zugutekommen. Doch viele Länder sperren sich. Der Streit innerhalb der EU dreht sich vor allem um den Begriff Wasserdienstleistung. Während etwa Frankreich die Regelung weit auslegt und fast alles einschließt, was mit Wasser betrieben oder begossen wird, hat Österreich eine sehr enge Definition: Im Prinzip gilt hierzulande nur die Trinkwasserentnahme und die Abwasserreinigung als Wasserdienstleistung.

„Österreich hat sich da juristisch sehr geschickt verhalten, doch wir sind noch nicht am Ende der Geschichte“, meint ein hoher EU-Beamter. Unter normalen Umständen hätte die Kommission längst schon Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof eingeleitet, doch diese Materie ist Brüssel zu sensibel: Wenn es um die



Das Verbund-Kraftwerk Wien-Freudenua: Eine Wasserabgabe könnte die Kilowattstunde Strom aus Wasserkraft laut Umweltdachverband um etwa 1,5 Cent verteuern.

Besteuerung von Wasser geht, kochen leicht die Emotionen hoch. Dementsprechend vorsichtig fällt die Antwort von Joseph Hennon, Sprecher von Umweltkommissar Janez Potocnik, aus: „Bisher wurde noch kein förmliches Verfahren eingeleitet. Was wir sagen können, ist, dass wir mit den deutschen Behörden die Auslegung des Begriffs Wasserdienstleistungen diskutiert haben und die Rechtmäßigkeit von deren Ansatz überprüfen. Das Ergebnis wäre dann für andere mögliche Fälle relevant.“ Deutschland hat ähnlich wie Österreich eine sehr enge Definition gewählt.

Eine Annäherung der Positionen zeichnet sich derzeit noch nicht ab. Der Umweltdachverband hat errechnet, dass 0,33 Euro pro 1000 Kubikmeter Jahreswasserdurchflussmenge dem Staat alleine durch die Wasserkraftwerksbetreiber Einnahmen von 500 Millionen Euro bringen würden. Zoff ist vorprogrammiert. *mimo*